

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,80 Mk., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 Mk. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Nordens 2805 und 2894.

Inserate kosten bis achtspaltig. Tagespreise 20 Pf., kleine Anzeigen den sechsfachen Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerungsgebühr 10 Pf., bei Familien- und Veranlassungsanzeigen 1/2 des Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Nordens 2704.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierungstruppen am Branger.

Wie in Feindesland.

Uns ist folgendes Schriftstück zugegangen, das vom Gouverneur von Berlin an die Truppenteile verhandelt worden ist:

Der Gouverneur von Berlin. Berlin W, den 6. April 1919.
Z.-Nr. 114/4 J. 990.

Die Unterbringung der Freiwilligen-Truppen, die bei den Anrufen Verwendung gefunden haben, ist von den Truppenteilen zum größten Teil selbstständig vorgenommen worden, zum Teil auch unter Mitwirkung der Intendantur. Durch diese Unterbringung sind ganz bedeutende Kosten, und zwar im Betrage von mehreren Millionen Markentausenden. Die Höhe dieser Summe ist hauptsächlich auf Beschuldigungen fehlerhafter, aber auch vorsätzlicher Art und sogar auf Diebstahl zurückzuführen. Abgesehen davon, daß bei der Finanzlage des Reichs Ausgaben in solcher Höhe nicht verantwortet werden können, muß eine derartige Ausführung in den Quartieren Erbitterung gegen die Truppen hervorrufen und ihr Ansehen herabsetzen. Mehrere haben Truppenkette, die sich eigenmächtig einquartiert haben, sich geweigert, in der Nähe gelegene andere Quartiere zu beziehen. Nicht nur die Mannschaften, auch die Führer, sind den Einrichtungen der Quartiere und — soweit es sich um Schulen und andere städtische Anstalten handelt — den Kellern und Verwaltungen auf das Schroffste gegenübergetreten. Privatpersonen, Beamte und Besatz haben sich in zahlreichen Fällen wiederholt gekümmert, daß das Benehmen einzelner Truppenteile, und nicht zuletzt das jüngerer Offiziere, völlig wie in Feindesland gesehe werden.

Es handelt sich, wohl gemerkt, nicht um Unterbringung in Stadtteilen, in denen damals gerade gekämpft wurde, sondern in anderen Abschnitten, die gesichert werden sollten. Diese Verhältnisse müssen unter allen Umständen für die Folge vermieden werden. Es ist dringend erwünscht, daß nicht nur strengste Weisungen an die unterstellten Truppen ergehen, sondern daß auch eine Kontrolle stattfindet, ob diese Weisungen tatsächlich ausgeführt werden.

Bei Truppen und Städten, die längere Zeit hier liegen sollen — insbesondere auch Werkbüros — wird von Seiten der Stadtverwaltung über unnötige Raumverschwendung geklagt, wodurch die immer mehr zunehmende Wohnungsnot verschärft würde. Besser ist die Raumverwendung in mehreren Fällen darauf zurückzuführen, daß einzelnen Formationen von Privatgelde zur Verfügung steht, und sie deshalb glauben, daß es nicht darauf ankomme, wenn für dies Geld mehr Räume ermielt werden, als tatsächlich erforderlich sind.

In Anbetracht der gespannten politischen Lage und der Stimmung in der Arbeiterschaft ist es erwünscht, den Wünschen der Gemeinden und Körperschaften auf Freigabe oder Verschonung dieser Schulen oder anderer Gebäulichkeiten nach Möglichkeit zu entsprechen, und die Inanspruchnahme auf Grund des Kriegesleistungsgesetzes nur dann durchzuführen, wenn ein anderer Weg in Anbetracht der erforderlichen militärischen Maßnahmen unbedingt ausgeschlossen ist.

Es ist mir bekannt, daß das Generalkommando stets für die ihm durch die Intendantur der Kommandantur oder andere Stellen zur Kenntnis gebrachten Verhältnisse volles Verständnis gezeigt hat. Ich möchte aber nicht verfehlen, nochmals im allgemeinen im Hinblick auf die gegen die Regierungstruppen systematisch betriebene Hetze heraus, als eine solche "Hetze" wird, nach dem Sprachgebrauch der regierenden Herren und ihrer Presse, jedes Wort der Kritik an den Regierungstruppen bezeichnet. Wir fragen aber Herrn Schöpflin, ob er nun noch der wachsenden Wirtschaft einzelner Truppenteile sein Zerwürfnis vernichtendes Urteil über die Regierungstruppen zu fällen, wenn wir nicht mit unserer Kritik den bestehenden Verhältnissen auf den Leib gerückt wären? Und wir fragen die gesamte Öffentlichkeit, wer seine Pflicht der Bevölkerung gegenüber besser erfüllt hat: wir, die "Freiheit", die den neuen Soldner-Militarismus mit

seiner Korruption bekämpften, oder diejenigen, die, um die Gunst der Machthaber lachend und von seiner Kurde vor dem Volke erfüllt, den Mantel der christlichen Liebe über die größten Ausschreitungen und Mißstände ausbreiteten?

Ablehnung der Verständigung.

Der von der Unabhängigen Partei in Nürnberg unternommene Versuch zwischen den beiden Regierungen zu vermitteln, ist, wie die bürgerliche Presse mitteilt, von der Regierung Hoffmann abgelehnt worden. Es wiederholen sich damit jene Vorgänge, die uns hinlänglich aus den Januartagen in Berlin bekannt sind. Jetzt, wo die Regierung Hoffmann auf das Drängen der bürgerlichen Kreise und derjenigen ihrer Anhänger, die keine Verständigung wollen, die Bewaffnung des Bürgertums, der Offiziere und der Studenten mit Erfolg begonnen hat, und wo die von Moske zur Verfügung gestellten Freiwilligen-Korps in Anmarsch sind, ist man der Beilegung des Konfliktes durch Verhandlungen abgeneigt. Soweit sich von hier aus die Lage überblicken läßt, hätte ein solcher Verständigungsveruch große Aussichten auf Erfolg, da Wahrscheinlichkeit besteht, daß er von großen Teilen der Münchener Arbeiterschaft unterstützt werden würde. Aber die Regierung Hoffmann will jetzt das Vorgehen Moskes nachahmen, der erklärte, daß dieses Mal ganze Arbeit geleistet werden müsse.

Noch immer sind direkte Nachrichten aus München nicht zu erhalten. Für die bürgerliche Presse ist dies Veranlassung, zahlreiche den Stempel der Unwahrscheinlichkeit tragende Nachrichten zu veröffentlichen. Selbst die verrücktesten Schwindelnachrichten veröffentlicht sie. Dazu gehört die Nachricht, daß angeblich eine Versammlung in München die "Kommunisierung der Frauen" beschlossen habe.

So wird auch hier eine Bogromstimmung zu erzeugen gesucht, von der zu befürchten ist, daß sie genau wie in Berlin zu zahlreichen Meutereien Veranlassung geben wird.

Zur Begründung des Verständigungsversuchs schrieb unser Parteivorstand, der Nürnberger "Sozialdemokrat":

Das Vertrauen zur Regierung ist in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft schon lange geschwunden, weil man bei jeder Maßnahme stets und ständig die größte Rücksicht auf den Kapitalismus nahm, weil alle Maßnahmen durch diese Rücksicht diktiert wurden. Jetzt natürlich, wo das Vertrauen fehlt, ist es schwer, mit ruhigen Vernunftgründen der Arbeiterschaft und dem Proletariat beizukommen. Die bayerische Regierung Hoffmann stellt sich auf den Standpunkt: Gewalt kann nur durch Gewalt betrieben werden. Es kommt aber darauf an, ob es notwendig war, die Dinge erst soweit kommen zu lassen, ob nicht gerade eine Regierung, die unter sozialistischer Flagge segelt, alle Ursache hat, die Voraussetzungen aus dem Weg zu räumen, die zur Gewalt führen."

Die Abreise der Friedensunterhändler.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" teilt halbamtlich mit: Auf Grund der eingetroffenen Antworten des Vorsitzenden der ständigen internationalen Waffenstillstandskommission, General Rubant, durch welche die wesentlichsten deutschen Forderungen erfüllt werden und deren Ton wesentlich höflicher ist als der ihrer Vorgängerinnen, werden die deutschen Bevollmächtigten am Montag die Fahrt nach Versailles antreten. Die angelaufenen Pressevertreter werden mit ihnen reisen. Die drei "Quartiermacher" werden sofort von Spaa aus nach Versailles fahren.

Die Streikabwehr in Bremen.

Bremen, 23. April.
Voetsmanns Telegraphisches Bureau meldet: Die von den Ordnungsparteien eingeleitete Streikabwehr gegen den politischen Streik der radikalen Arbeiter ging auch heute in voller Schärfe weiter.

Die bremische Rationalerversammlung trat heute nachmittags zu einer Sitzung zusammen, die einen fürmischen Charakter trug. Ein Dringlichkeitsantrag, der Regierung ein Nichtvertrauensvotum zu erteilen, wurde mit allen gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die Friedensverhandlungen.

Von A. Kaufsp.

V.

Berweiterung der Unterschrift?

Der andere mögliche Weg ist der uns jetzt von allen Seiten angepriesene: das Verweigern der Unterscheidung des Friedens. Was hofft man damit zu erreichen?

Durchsichtlich genommen, bedeutet die Ablehnung des Friedens die Wiederaufnahme des Krieges. Das wäre natürlich heller Wahnsinn. Daran denkt auch niemand. Einen Sinn bekäme die Ablehnung des Friedensvertrags nur dann, wenn es ihr gelänge, jetzt schon mit einem Schlage das zu erreichen, was ich nach der Unterzeichnung von einer einige Jahre lang dauernden Entwicklung erwarte: das Anschwollen der Empörung der ehrlich demokratischen Elemente in den Ländern der Entente gegen die Vergewaltigung Deutschlands, Sturz Clemenceaus, Sieg der Internationalen.

Nichts spricht dafür, daß wir einen solchen Umschwung nicht schon plötzlich zu erwarten haben. Auf jeden Fall würde er nur dann eintreten, wenn die Friedensbedingungen nicht nur noch deutscher, sondern auch nach französischer und englischer Auffassung unvereinbar wären mit den Wilsonschen Grundsätzen. Sonst könnte die deutsche Ablehnung das gerade Gegenteil dessen hervorrufen, was sie erreichen will, namentlich dann, wenn sie begleitet wäre von einem erneuten Aufflammen des deutschen Nationalismus. Das könnte auch in den Ländern der Entente die jetzt rasch abebbende Flut des Nationalismus neu anzuwachen lassen und so Deutschlands Lage auf das verzweifeltste gestalten.

Doch auch ohnedem würde die Ablehnung der Unterscheidung Deutschland mit den schwersten Gefahren bedrohen, wenn sie nicht sofort in der Entente jene unwidrigeren Wirkungen auslöst. Deutschlands ganzes Schicksal würde auf diese eine, sehr unsichere Karte gesetzt — es wäre eine Politik des Kasars, ebenso gewagt, wie die an dem Oskar-Ludendorff getriebene. Denn diese Politik ist darauf angewiesen, sofort einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Gelingt ihr das nicht, dann führt sie zu völligem Zusammenbruch.

VI.

Der Zwang zum Frieden.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Entente die Ablehnung des Friedens mit einer Erneuerung der Feindseligkeiten, oder auch nur neuer Besetzung großer Gebiete Deutschlands beantwortet wird. Die kriegsmüde Stimmung ihrer eigenen Truppen dürfte dem im Wege stehen.

Aber selbst wenn nicht die mindeste Verschlimmerung des jetzigen Zustandes eintrete, so würde dieser noch weit unerträglicher als jetzt dadurch, daß er ins Unabsehbare verlängert wird — verlängert durch den freien Entschluß der augenblicklichen Machthaber in Deutschland. Bisher durfte man noch hoffen, der Frieden werde endlich dem Gange und Wange in schwebender Bein ein Ende machen — nun soll die schwebende Bein zum dauernden Zustand Deutschlands für eine unbegrenzte Zeit werden.

In den schwärzesten Farben wird uns jetzt die Berrücktheit der Entente geschildert, die den Frieden nicht sofort im November des vorigen Jahres gewährt, sondern ihn immer weiter hinausgeschoben und durch das ewige Provisorium und die Abschneidung vom Ausland bei uns Hunger und Elend und Anarchie geschaffen hat. Ich sehe in diesem Hinschieben nicht das Werk vorbedachter Berrücktheit der Entente, wie uns wohl im Interesse der Annäherung der Völker vorgebetet wird, sondern der Unfähigkeit ihrer Mitglieder, untereinander einig zu werden. Welche Logik aber, diese Wirkungen des ausbleibenden Friedens so schwarz zu malen, und gleichzeitig zu fordern, jetzt, da der Frieden zu haben sei, wenn auch nicht gerade so, wie wir ihn wünschen, ihn zurückzustoßen, und den Zustand der Ungewißheit, der Abschneidung von der Welt zu verlängern!

Dabei können wir aber jetzt viel weniger warten als vor einem halben Jahre, denn wir sind seitdem immer tiefer in den Sumpf geraten.

Die jetzige deutsche Revolution ist in der ungeheuer schlimmen Lage, daß sie ausbrach unmittelbar nach dem verheerendsten Kriege, den die Welt je gesehen. Eine jede

Wer terrorisiert?

R. M. In Nummer 204 des „Vorwärts“ vom 22. 4. 1919 greift ein Mitglied des Arbeiterrats — Herr Dr. Johann Caspari — den Groß-Berliner Volksrat kritisch an. Anfang hierzu gibt ein Antrag der U. S. P. D., der in der Sitzung des Volksrates vom 17. d. Mts. gegen die Stimmen der Mitglieder der U. S. P. D. zur Annahme gelangte. Wer die Vorgeschichte dieses Antrages kennt, wird die grenzenlose Wut der Rechtssozialisten begreifen.

Herr Dr. Johann Caspari bezeichnet den Antrag als „das Angelegentlichste, was politische Verwirrung und Verwirrung bisher angerichtet hat“. Er sei „schamlos und unlogisch“ zugleich, da in Zukunft jeder anders Danksagen den Verleumdern lassen müsse. Zugleich weist Herr Caspari gegen den Beschluß der Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 5. 4. 1919, der die Boykottierung der Angehörigen der Freiwilligenkorps ausspricht. Die Wut gegen diesen Beschluß der Volksversammlung ist begründlich, da ja diese Freiwilligenkorps als Stütze der Gegenrevolution zugleich die einzige Stütze der Gewaltpolitiker Ebert-Scheidemann-Roske sind. Dabei erstreckt sich der Herr und hält sich für berechtigt, folgendes zu schreiben:

„Und nun weiter, ihr Herren Unabhängigen! Ist euch nicht bekannt, daß das Exekutiv-Programm, dessen Nachbeachtung ihr so gern und vorwiegend, jeder Art der Unterdrückung rühmt, sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, Geschlecht oder Rasse, aus schließlich bekämpft? Wenn ihr auf dem durch eueren Antrag gewählten Weg weiter gehen wollt, nun gut! Wenn ihr aber auch ehrlich und nennt euch nicht mehr Sozialdemokraten! Der Sozialdemokrat hat Achtung vor der Ueberzeugung jedes anderen Menschen. Er bekämpft sie nicht mit Handkannonen nicht mit Kleinmörsern und Maschinengewehren, aber noch viel weniger mit wirtschaftlichem Terror, mit der Aussperrung des Arbeiters durch den Arbeiter aus politischen Gründen.“

Herr Caspari scheint nicht zu wissen, welche Mittel seine Parteigenossen Ebert-Scheidemann und Roske zur Unterdrückung der Arbeiterklasse anwenden. Handgranaten, Minenwerfer und Maschinengewehre werden allerorts von den Roske-Gardisten gegen Andersdenkende angewandt. Welche Achtung bringen die Gewaltpolitiker der Rechtssozialisten den Anhängern des Rätesystems entgegen? Wie werden heute die Unabhängigen und Kommunisten verfolgt, die selbst die Anwendung jeder Gewaltpolitik ablehnen? Vielleicht erludigt sich Herr Caspari einmal in den Gefängnissen und Anstalten über das Schicksal der Opfer der Regierung Ebert-Roske. Aber weiter. Hat nicht dieser Tage Herr Roske die Betriebe des Velleitungsbamies des 3. Armeekorps schließen lassen und mehrere tausend Arbeiter auf die Straße geworfen, nur weil diese sich erlaubt haben, an einem Streik teilzunehmen? Die Herren Rechtssozialisten sollten wirklich vor ihrer eigenen Türe stehen, ehe sie sich an andere wenden.

Wie verhält es sich nun mit dem Antrag der U. S. P. D., der im Volksrat angenommen wurde? Der Dreher W. ist in einem Werkstücken der Freiwilligenkorps tätig gewesen. Nachdem er diese Tätigkeit aufgegeben hatte und seine Beschäftigung im Betriebe wieder aufnehmen wollte, weigerte sich die gesamte Belegschaft des Betriebes, mit ihm zusammen zu arbeiten. Der Arbeiterrat wollte W. die Möglichkeit zu einem ordnungsgemäßen Abgange verschaffen, damit er die Rechte der Arbeitslosen in Anspruch nehmen konnte. Für jeden Unzufriedenen liegt es doch klar auf der Hand, daß es für den einzelnen unmöglich ist, gegen den Willen der gesamten Belegschaft im Betriebe zu verbleiben, zumal gegenwärtig eine starke Erregung unter der Arbeiterschaft über das Verhalten der Freiwilligenverbände und all derjenigen, die mit diesen gemeinsame Sache machen, besteht. Die Arbeiterschaft erblickt in den Freiwilligenkorps ein Werkzeug der Gegenrevolution. Dagegen sind alle Sophistereien der Rechtssozialisten wirkungslos. Mit dieser Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft muß zur Zeit gerechnet werden. Der Dreher W. erkannte diese Tatsache auch; aber die rechtssozialistischen Drahtzieher wollten unter allen Umständen ein neues Agitationsmittel gegen die U. S. P. D. schaffen und schleppen die ganze Angelegenheit vor den Volksrat. Der Volksrat wollte die Sache durch einen Vergleich beilegen. Aber die Rechtssozialisten ließen sich auf keinen Vergleich ein, sie verlangten unter allen Umständen einen Beschluß.

Der Volksrat ist an den Beschluß der Volksversammlung gebunden. Nach Ansicht des Herrn Caspari hätte der Volksrat eine Einschüchtern treffen müssen, die dem freien Willen der Volksversammlung widerspricht. Dazu waren die Rechtssozialisten im Volksrat auch bereit, aber nicht die Mitglieder der U. S. P. D., die sich stütze an den Beschluß der Volksversammlung hielten und wohl auch in Zukunft halten werden. Nach dem Antrag der U. S. P. D. soll jeder Arbeiter bestrebt sein, für die Einheit innerhalb der Partei zu sorgen. Das ist der Kern des Antrages. Wenn nun ein Arbeiter sich an gegenrevolutionären Bestrebungen beteiligt, dann wird das von der Arbeiterschaft niemals gutgeheißen werden. Ein solcher Arbeiter hat die Folgen seiner Tätigkeit selbst verschuldet und muß sie tragen.

Die Rechtssozialisten haben innerhalb der Arbeiterschaft jeden Boden verloren. Dagegen finden sie die fröhliche Zustimmung aller Reaktionen. Das geht aus den Kommentaren hervor, die die reaktionären Blätter dem Artikel des Herrn Caspari widmen. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft hat es früher abgelehnt, mit den Wölfen, den Schlingen der Unerschrockenen, zusammen zu arbeiten. Da gab es innerhalb der Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheiten. Auch der „Vorwärts“ und die Herren Ebert-Scheidemann und Roske haben sich früher auf diesen Standpunkt gestellt. Die Beschränkung über Terror ist nicht als elende Heuchelei. Die Arbeiterschaft muß sich mit Abscheu von solchen Gewaltpolitikern und ihr Gesolge abwenden.“

Der „Vorwärts“ als Beschützer der Kriegsgewinnler.

Der Begriffs der Rechtssozialisten hatte kürzlich beschlossen, daß der „Vorwärts“ die Werbeinsätze für die Freiwilligen nicht mehr veröffentlichte solle. Dieser Beschluß war den Herren vom „Vorwärts“ sehr unangenehm. Denn da das Geld der Unterzeichner, von denen diese Werbeinsätze bezahlt werden, nicht sinkt, so war es ihnen sehr angenehm. Einige Zeit ist die Aufnahme von Werbeinsätzen unterblieben, aber die heutige Morgenausgabe des „Vorwärts“ enthält wiederum ein Inserat der Freiwilligen Wirtschaftshilfe für den Ost- und Heimatschutz von einer ganzen Seite, in dem wiederum zum Eintritt in die Freiwilligen-Verbände aufgefordert wird. Aber noch mehr: Dieses Inserat bekämpft in den wästelichen Tönen die Arbeiterschaft, verdammt alle Gegner der Regierung als gemeine Verpöhrer, und spricht von „Arbeitsdemokratie“, das nur auf Blünderung ausgehen sollte. Bemerkenswert ist aber

Revolution bedeutet eine Krise, eine Störung der Produktion. Aber diesmal trifft sie zusammen mit einem Zustand völliger Erschöpfung, der die Wiederaufnahme der Produktion in vollem Umfang dringend notwendig macht. Hunger und Elend erzeugen heute eine fieberhafte Erregung der Massen, chronischen Bürgerkrieg, chronische Arbeitslosigkeit, die den Mangel vermerken, Hunger und Elend steigern und damit wieder erneute gefährliche Ausbrüche der Wut und Verzweiflung der Massen hervorruft.

Aus diesem circulus vitiosus, diesem verhängnisvollen Kreislauf, kann Deutschland aus eigener Kraft sich nicht befreien. Es bedarf dringend der Hilfe von außen. Weit entfernt davon, wie die Finanzminister der Entente träumen, eine riesenhafte Kriegsentwädigung zahlen zu können, kann es sich vielmehr nicht mehr aufraffen ohne Hülfe des Auslandes an die deutsche Volkswirtschaft, ohne ausländischen Kredit.

Und in dem Moment, wo wir die rettende Hand des Auslandes notwendiger brauchen als je, schlägt man vor, sie zurückzuführen aus Gründen nationalen Stolzes. Um Danzig und das Saarbecken für das Reich zu retten, soll das ganze deutsche Volk zugrunde gerichtet werden!

Die Nationalisten, die uns so beraten, rechnen freilich gerade auf dieses Verstummen des Hungers und Elends. Es muß uns, nach ihrer Meinung, den Volkswidern bringen, dieser wird auf Frankreich überspringen, und so werden seine Imperialisten und Eroberungspolitiker gründlich bestraft und das vergessene deutsche Volk gerettet werden.

Nun ist es wohl sicher, daß die Nichtunterzeichnung des Friedens und ökonomisch immer tiefer in den Abgrund stößt und immer wildere revolutionäre Forderungen daraus hervorgehen. Aber ich für meinen Teil — im Gegensatz zu vielen meiner Freunde — erlaube mir zu bezweifeln, daß sie die Form des Volkswidern annehmen, wenn man darunter nicht die proletarische Revolution überhaupt, sondern eine bestimmte Form dieser Revolution versteht, die bestimmten historischen Bedingungen entspricht. Der Volkswidern, der sich die Diktatur des Proletariats nennt, aber nur die zentralisierte Autokratie einer vornehmlich von Intellektuellen geleiteten Parteiorganisation ist, die das gesamte politische und ökonomische Leben der ganzen Volkswirtschaft nach freiem Gutdünken unter Ausschluß jeder Kritik und Opposition von oben herab dirigiert, kann sich längere Zeit nur behaupten in einem so rückständigen Lande wie Rußland, wo die große Masse des Volkes am staatlichen Leben noch keinen Anteil nimmt und gewöhnt ist, sich obrigkeitlich bevormunden zu lassen.

Deutschland ist schon über dieses Stadium hinaus, eine Diktatur des Proletariats könnte hier nur von der Masse des Proletariats selbst ausgeübt werden. Dazu fehlt aber zur Zeit die geschlossene proletarische Organisation. Jeder Versuch, eine diktatorische Gewalt aufzurichten, vermehrt bloß die Repressalien des Proletariats — keine Repressalien innerhalb einer Sozialität in die verschiedensten Richtungen, und die Repressalien des Staates in zahlreicher, sich selbständig gebende Kommunen und Präsidien. Je weiter dieser Prozeß voranschreitet, desto mehr stockt die Produktion, desto näher können wir vom marxistischen Sozialismus der Produktion zum primitiven Kommunismus der Konsumtion, der Wänderung mit dem Snderachnis allgemeinen rassen Verharmens.

Diesem Zustand acht Deutschland entgehen, wenn ihm nicht schleunigst ökonomische Hilfe von außen wird. Daß er für die Proletarier der Nachbarländer sehr verlockend sein sollte, so daß sie alles aufwenden würden, ihn bei sich einzuführen, ist zu bezweifeln. Dabei liegt Deutschland Westeuropas zu nahe, als daß man dieses durch Vordringen nach dem Muster der russischen über den Rußland bei uns täuschen könnte.

Aber selbst wenn es dahin käme, daß Frankreich der gleichen Anarchie verfiel wie Deutschland, was gewinne dieses dabei? Sein eigenes Elend wäre dadurch nicht gemindert.

Man sieht, die Nichtunterzeichnung des Friedens bedroht uns mit den surdabarsten Gefahren. Die deutschen Friedensunterhändler müssen selbstverständlich trachten, ihn für Deutschland so ähnllich als möglich zu gestalten. Sollte der Friedensvertrag Forderungen enthalten, die von der demokratischen öffentlichen Meinung der Entente selbst als Verletzung der Wilsonschen Punkte anerkannt werden, dann könnte auch der Gedanke der Nichtunterzeichnung erwogen werden.

Aber dieser Entschluß sollte auf keinen Fall gefaßt werden bloß von einseitig deutschen Gesichtspunkten aus, er dürfte nur gefaßt werden nach lokalitätlicher Abwägung aller Vor- und Nachteile des Scheiterns, unter völliger Ausschaltung sozialistischer nationaler Leidenschaft.

Sicher kann ohne Leidenschaft nichts Großes geschaffen werden. Aber es muß die Leidenschaft sein zur Bewirkung dessen, was klare Erkenntnis geschaut hat. Wo aber das Feuer der Leidenschaft aufhört, das Werkstück der Erkenntnis zu sein, wo es sich ihrer Fessel entzweit und als souveräne Macht waltet, da wird diese „Gimmelmacht“ ebenso furchtbar zerstörend, wie jenes physische Feuer, das Schiller besang.

Seit dem Ausbruch des Weltkriegs wurde das deutsche Volk nur noch von Leidenschaft geleitet, wurde klares, nüchternes Denken bei ihm auf eine kleine Minderheit beschränkt, die vergeblich gegen den Sturm der Leidenschaft ankämpfte, die ihre Ehre rettete, aber das Unheil nicht zu beschwören vermochte.

Die Majentage werden uns jetzt eine ähnliche schwere Enttäuschung bringen, wie die Augusttage von 1914. Schon jetzt sieht man Versuche der Regierung, dabei wieder an die nationalen Leidenschaften zu appellieren und ruhige Erwägungen auszuschalten. Die Denkart Wilhelms II. soll wieder lebendig werden, der da rief, er wolle lieber das ganze deutsche Volk auf der Strede lassen, als einen Stein einer deutschen Festung aufgeben.

Dieser Denkart entgegenzuwirken ist nach wie vor die Unabhängige Sozialdemokratie berufen.

Die Majentage bekommt unter diesen Umständen erhöhte Bedeutung. Bisher war sie eine Demonstration für die Idee des Weltfriedens. Diesmal muß sie zu einer Demonstration werden für den sofortigen Abschluß des Friedens; zu einem Appell an die Internationale, einzutreten in den Kampf für einen gerechten Frieden; zu einem Protest gegen jegliche nationale Verheerung, aber auch gegen jegliche Sozialdemokratie.

vor allen Dingen, daß der Ruf sich besonders eindringlich an die Kriegsgewinnler wendet und sie auffordert, etwas von ihrem Reichtum abzugeben, da ihnen sonst alles genommen werde.“

Der „Vorwärts“ als Beschützer der aus den Massen des Kriegsgewinnler und der volkreindlichen Militaristen der Kriegsgewinnler diesen Katschen keine Erlösung zu geben. Wir fragen nur die Mitglieder der rechtssozialistischen Partei, was sie zu dieser Mißachtung ihres Beschlusses und zu diesen unerhörten Beschimpfungen der Arbeiterräte und der Sozialisten sagen.

Enschlossene sozialistische Politik.

Im rechtssozialistischen „Hamburger Echo“ schreibt Kol mit Lormin unter der Ueberschrift „Die Methode der Gewalt“:

Wieder stehen sich Regierung und Spartakus gerüstet gegenüber. Wieder steht es Ultima von rechts und links. Wieder müssen schären Regierungstruppen gegen Volksgenossen. Wieder ist eine sozialistische Regierung auf Sozialisten schiefen. Wieder freut sich der Bürger mit einem Schauer morgens seiner Arbeit. Von den Wänden der Häuser hören uns die Werbepaläste entgegen, und schneidige Offiziere lassen „Siege“ vernehmen. Man verhängt Sanktionen, Schutzhaft und Belagerungszustand — alles wie früher.

Und auf der andern Seite sprengt man Versammlungen, zerstört Zeitungen, sperrt Gaseln ein und behindert mit Gewalt die Aufnahme der Arbeit.

Das ist genau die Methode Ludendorffs: Gewalt muß entscheiden. Menschen sind Kanonensfutter — die Kanonensgewehre oder U-Boote machen die Weltgeschichte. Schwanken, Stimmungen, Ueberzeugungen der Menschen sind für die Kay. Auf den Schneid kommt es an — mögen sie mich lassen, wenn sie mich nur fürchten ...

Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt? Nichts von Napoleon? Nichts von Bismarck? Nichts vom Junker? (Um nur die jüngsten Apostel der Gewalt zu nennen!) Bismarck's Gewaltpolitik gegen die katholische Kirche und gegen den Sozialismus brach noch zu seinen Lebzeiten zusammen. Seine Gewaltpolitik gegen Frankreich ist heute unter seinen politischen Erben zusammengebrochen. Immer ist es der Welt, immer ist es der gesunde Instinkt eines gelichteten Volkes, eines gelichteten Klasse, der schließlich siegt. Immer sind es nur die Augenlidererfolge, die den Gewaltmenschen zufallen ...

Wie gern möchte das noch immer militär- und kriegsfreudige Bürgertum den Genossen Roske als Kacke Mann sehen! Wie jubelt es ihm zu, wie vergöttert es in ihm den zweiten Bismarck! Und die Regierungstruppen marschieren ... Wo sie hinkommen, schaffen sie Ruhe. Und wenn sie den Rücken gefaßt haben, gehen die Ursachen von neuem an. Und wieder laden die Werbepaläste, versprechen gelobte Droge und Droffnen so allerlei zweifelhafte Elemente und Neben — die Gegenrevolution. Und mit jedem Bürger, Offizier, Studenten, der für die Regierung mobil gemacht wird, wachsende gehen Arbeiter noch links hin ab. Wegen das Treiben der Regierungstruppen in Berlin protestiert geschossen der Arbeiterrat, die Emmentalen eingeschlossen. Trotzdem vollziehen sich die Ereignisse in unerhöhter Logik. Sozialisten und Sozialisten sind feindlich einander verbißen, daß sie laub sind für alle Zeichen der Zeit, und sie nehmen die Waffen, woher sie sie bekommen.

Was muß das Ende sein? Hundstich eine neue Mut von Mut und Tränen, von Hunger und Elend. Bis sich der Sozialismus zur Freude seiner Gegner selbst zerfleischt hat und auf den Trümmern eine Gegenrevolution das ermüdete und zusammengefallene deutsche Volk der schneidigen Führung irgend eines Junkers ausliefert. ...

Was kann geschehen, das abzumenden? Was mühte es werden, was muß noch heute geschehen? Es gibt nur eine Rettung: wir müssen der Methode der Gewalt ein Ende sagen! Alle! Wir müssen alle Ludendorffs verabschieden: daß der Regierung und auf der äußersten Linken! Jeder entschuldigt sich mit dem anderen — keiner will angefangen haben, genau wie beim Weltkrieg! — es gibt aus diesem Schlamassel von Hah und Wistauen und Machtproben innerhalb des Proletariats nur einen Ausweg: restlose Waffenstreckung allerseits, unbedingter Wille zur Verhandlung, rückhaltlos gegenseitiges Vertrauen. Und die Regierung, als die stärkste Partei, muß anfangen, muß immer und immer wieder sachlich und unboreingenommen die Vorschläge, Anträge, Forderungen prüfen, die von links kommen, und sich durch keine Ungehorsam und Hebereci, durch keinen Hohn von bürgerlicher Seite lehren lassen. Zu tief sind wir denen, mit denen wir jahrgehende Schultern an Schulter gestanden haben, doch mehr beschuldigen als dem Bürgertum, das uns ausgebeutet hat, an unserem Kampf von jeder teilnahmslos zugeschaut hat. Es gibt nur ein Mittel, die Gefahren, die von Spartakus, sozialistische Politik!

So kommen einschlägige rechtssozialistische Kreise zu der gleichen Schlußfolgerung wie wir; daß die Regierung durch eine radikale entschlossene sozialistische Politik den Weg zur Verständigung ebnen muß. Aber der „Vorwärts“ hält immer noch an der Methode der Gewalt fest und lehnt den Gedanken einer sozialistischen Regierung ab.

Ein Manifest der italienischen Sozialisten.

Das Manifest der offiziellen sozialistischen Gruppe, das nunmehr im Wortlaut vorliegt, enthält über die internationale politische Lage folgende Punkte:

Die ganze Welt hoffte, der Waffenstillstand bedeute einen Auftakt zu einem schnellen und sicheren Verständigungsfrieden auf der Grundlage eines neuen Europas. Nach fünfmonatigen Verhandlungen sieht man sich nun in diesen Hoffnungen getarrt. Die als eine große Wärfelversammlung zur Erneuerung der Welt angekündigte Pariser Konferenz endet als ein nehmig verhandeltendes Kongress von vier Männern, die sich die Herrschaft über Völker und Gebiete anmachen, die nach ihrem Willen über die Geschichte der Welt verhängen. Die Entente müßt die während des Krieges veränderten Grundzüge eines nach dem andern über Bord. Keiner der 14 Punkte Wilsons wird mehr angetastet. Die aus dem Zusammenbruch der Mittelmächte neugebildeten Staaten werden nur zu dem Zweck der Aufteilung der Welt angetastet. Der neue Völkerbundvertrag ist ein Hohn. Die Reaktionen haben aus dem Vriica nichts gelernt. Durch den in Paris geschlossenen Vri eu wird die Welt genau wie fr

Wird nicht noch mehr vom Arzene bedroht. Es ist unmdglich, das die Proletarier der ganzen Welt dieser Wdhnung der praktischer ergebenen Verprechungen untuglich zuziehen. Sie wollen daher ihren Willen durch einen Generalstreik kundgeben, der jedoch in allen Lndern durchgefuhrt werden mu. Das internationale Vorgehen aller Proletarier soll die Pariser Konvention zur Achtung der feierlichen Verprechungen zwingen und die Volksgewalt in allen Lndern in die Hande der Proletarier bringen. Die Verfassungsanderung in Italien soll die Abschaffung jeder Wdhnung bedingen, um die wirkliche Volkshoheit herzustellen. Nur auf diesem Wege konnen die Proletarier aller Lnder das vertrauliche Ankommenleben der Staaten Europas und der Welt errichten.

Schubhaftschande.

Offener Brief an die Reichsregierung.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: In den Zeiten des Zusammenbruchs der junkerlichen Herrschaft sind Sie, meine Herren Minister, zu Baumeistern der neuen sozialischen Ordnung bestellt.

Am 25. Januar 1919 wurde dem Rat ehemaliger Schubhaftgefangener von Reichsminister Dr. Frey die schriftliche Zuschrift, das ihm Gelegenheitsarbeiten werden solle, zu dem in Vorbereitung befindlichen Schubhaftgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Seitdem ruht die Angelegenheit, und uber fortgeschrittene Arbeit an der Ausgestaltung des Entwurfs ist nicht das geringste zu erfahren.

Der Einwand, das der Staat im Augenblick viel wichtigeren Aufgaben zu erfullen hat, ist nicht stichhaltig, denn es sind auf tausenden von Notverordnungen erlassen, die nicht groBere Dringlichkeit beanspruchen. Es handelt sich nicht allein darum, den Opfern der Schubhaft Entschadigung und Rehabilitierung zu gewahren, sondern es liegt im bringenden Staatsinteresse, der Unzufriedenheit weitaus weiter Kreise der Bdrger zu entziehen. Sie, meine Herren Reichsminister, sind zum groBen Teil Manner des Volkes und wunschen, vom Vertrauen des Volkes getragen zu werden. Nachstehen Sie dieses Vertrauen, indem Sie sich endlich zu einer bescheidenen Tat aufraffen und das Schubhaftentschadigungsgesetz sofort vor die gesetzgebenden Korperschaften bringen.

Wenn die Deutsche Nationalversammlung an das Gewissen der Welt appelliert und gegen die Zuruckhaltung von Kriegs- und Kriegsgefangenen Protest erhebt, so mussen wir uns auch an die Welt wenden und an die Opfer unserer eigenen militrischen Willkur denken. Die Schubhaftgefangenen der feindlichen Regierungen sind zwar der Freiheit zuruckgegeben, aber sie wissen mit dieser Freiheit nichts anzufangen, denn man hat ihnen ihre Existenz geraubt, Familienbande zerrissen und ihnen in jeder Beziehung unerbittlichen Schaden zugefugt. Die Tatsache, das nicht nur Deutsche, sondern auch unzahlige Angehorige der neutralen Staaten lange Monate in Schubhaft gehalten wurden, erhebt die Angelegenheit weit uber den Rahmen einer inneren deutschen Sache hinaus.

In keiner korpserlichen Arbeit fur Rehabilitation seiner Mitglieder hat der Rat ehem. Schubhaftgefangener Schritt zur Schrit auf groBe Schwierigkeiten. In allen Ministerien und sonstigen Behorden steht die alle Reichswirtschaftsministerien unter der Leitung der Reichsminister, unverandert fort. Keiner von Sie die Atmosphare, meine Herren Minister, nicht Verantwortung oder erblich belastete Verantwortliche des alten Systems darf den die Sunden der entlassenen Regierung befinden, sondern die Verantwortung muss auf den Menschen verfallen, mit offenem Blick zu den dringlichsten Bedurfnissen unseres Volkes. In zahlreichen Fallen hat das Reichsministerium erkannt, das die Schubhaft nicht gerecht war, und demgemas die Entschadigungspflicht anerkannt. Trotzdem ist aber in den meisten Fallen eine Zahlung nicht erfolgt. Es muss dringend gefordert werden, auf welche Weise dieses das zuruckzufuhren ist.

Sie, Herr Ministerprasident Scheidemann, haben in Ihrer Eigenschaft als Abgeordneter einmal treffend hervorgehoben, das in Deutschland wahrend des Weltkrieges die verstandigste Regelung bestand, notwendig und unabweisbar politische Maßnahmen immer erst fünf Minuten nach 12 Uhr zu treffen, d. h. zu einem Zeitpunkt, wo Ihre Wirkungskraft durch die Ereignisse bereits uberschritten war. Versuchen Sie sich auch in Bezug auf die Schubhaftmaterie nicht dem ungewohnten Ernst der Tatsache, das alles auf den Geist ankommt, den die Verantwortung durchdringt, verhiindern Sie, das die Rehabilitation ehem. Schubhaftgefangener von der positiven Reue des Opfers abhngt. Die Opfer der Schubhaft sind gerettet, in ihrer Existenz erloscht. Sie suchen sich zusammen auf allen StraBen und in den Gefangnissen. Sie stehen groBend am Rande und haben das Vertrauen auf den Triumph des Rechts verloren. In Tausenden von Fallen kann Ihre wirtschaftliche Leistung durch schnelle Hilfe wieder aufzubauen werden, heute lassen sie in der Welt herum als Obdachlose, die in die Kategorie des Verbrechertums hineingeworfen werden. Der vordringliche Bedarf des deutschen Volkes macht sich nicht nur an den politischen Schubhaft und Gefangnis- und Justizstrafe, das werden sicher Unterworfen bestcht.

Was der vorstehende „Offene Brief“ von den Schubhaftgefangenen wahrend des Krieges sagt, gilt in noch hoherem MaBe fur die Opfer der „Schubhaft“ der letzten „sozialistischen“ Regierung. Auch sie Menschen in reichlichem MaBe bedient. Wenn sie jetzt ihr Schicksal nicht einloft und den Gebetentwurf uber die Schubhaft nicht vorlegt, so wohl aus dem Gefuhl der Ohnmacht heraus, das sie ja in noch starkerer MaBe als die Welt herrscht, das sie sich diesem ehemals von ihr so heilig beschriebenen Mittels bedient.

An die sozialistischen Techniker!

Seit 1914 hat die schwere und die sturmende Zeit so manchen sehend gemacht. Er hat erkannt, das dieser grausige und furchtbare Krieg nicht von diesem oder jenem politisch hochgestellten und moralisch tief stehenden Menschen verschuldet ist, sondern vom Kapitalismus, dem Fluch aller Lnder. Und er fordert den Sozialismus: Gemeinshaftsdarbeit des ganzen Volkes. Sozialistische Forderung nach dem gleichen Anrecht der Menschen an die Guter der Erde und nach gleichen Pflichten, sie der Allgemeinheit dienlich zu machen.

Uber was steht Ihr und fordert? Heute, wo jede Kraft gebraucht wird. Wer den Sozialismus fordert, muss ihn bauen. Jeder komme und helfe dazu. Die gesamte Volkswirtschaft ist umgestalten. Mit den Werkbetrieben ist der Anfang zu machen. Die Sozialisierung will herausgearbeitet sein, alluberal, in allen Betrieben.

Nach Euch Techniker verlangt man vor allem! Nach dem Ingenieur, Chemiker, Elektrotechniker, Maschinenbauingenieur, Architekt, Berg- und Huttewann! Nach dem Facharbeiter mit und ohne Fachschulbildung! Ihr seid die Berufenen, die Sozialisierung der Betriebe vernunftgemas zu fuhren. Ohne Eure technische Erfahrung ist sie unmoglich. Stellt Euch darum in Euren Diensten! Ihr habt die Fahigkeiten, die Kenntnisse dazu und mcht sie zum Wohl eines ganzen Volkes verwenden. Ihr konnt an hervorragender Stelle helfen aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen.

Ihr Techniker alle, die Ihr sozialistisch denken und empfinden gelernt habt, meldet Euch ohne Zogern zu einer groBen Arbeitsgemeinschaft, die der Durchfuhrung der Sozialisierung dienen soll! Jeder nach seinen Krften. Es denke keiner, das er nicht nhten kenne. Wir brauchen alle, die reinen Willens sind!

An Euch Techniker liegt viel. Bringt Euch des groBen Augenblicks wertig. Treitet der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Techniker bei!

Genossen der Technik, Genossen der Weltanschauung, tretet an, greift mit und zu, richtet den Neubau der Wirtschaft aus! Und weil Ihr bestrebt, zu produzieren, aber schwerlich bestrebt, sozialistischen kenne, so sollen allenwarts Arbeitsstellen fur Sozialisierungsarbeiten errichtet werden. Wer Nheres uber diese Ideen will, richte eine Anfrage an uns.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker.
Geschftsstelle: Berlin-Steglitz, Hohenzollernstrafe 6.

Verderben von Lebensmitteln.

Am 12. April hat die Reichsstelle in Berlin folgendes Telegramm erhalten:

Magdeburg, 12. April. Erbitten umgehende telegraphische Verfuhrung uber in Dresden lagernde 19.500 Kilo Butter von Tagermunde stammend, da solche laut Landesstelle Dresden fur menschlichen Genuss unbrauchbar und Mangelhaft ist. Indentantur IX. Altona drachtet: Wenn Butter zum menschlichen Genuss unbrauchbar, Ausschuss fur tierische Oele und Fette Berlin anbieten.

Unterchrift: Intendantur IV. A. A.
Hier ist also eine Menge verdorben, die bei der gegenwertigen Nation von 40 Gramm pro Woche fur eine Bevlkerung von 500.000 Menschen fur eine ganze Woche ausgereicht hat. Es ist unverantwortlich, das in der gegenwertigen Zeit, wo Hunger und Entfrhlung der Menschen peinigt, durch die Zuruckhaltung von Lebensmitteln durch die Heeresverwaltung Lebensmittel verderben knnen. Die dafur Schuldigen, d. h. in erster Linie diejenigen, die verantwortlich dafur sind, das die Heeresverwaltung die Lebensmittel nicht zur Verteilung an die Zivilbevulkerung bringt, mcht energisch bestraft werden.

Wie man Vermogen verschleibt.

Unter dieser Uberschrift berichtet die „Vossische Zeitung“, auf welche Weise und in welchem Umfang das kapitalistische Brgertum Banknoten, Wertpapiere und Schmuckstucke uber die Grenzen ins Ausland schmuggelt.

Es gibt in der Schweiz bereits Firmen, die in aller Oeffentlichkeit und berufsmasig ihre Dienste zu diesem Schmuggel anbieten. Die „Voss. Ztg.“ druckt stndig ein Schreiben ab, das alle deutschen Wtter der „besseren“ Hotels in Zurich, ausfuhrt erhalten. Es lautet:

Zurich, 15. Mrg 1919.
Kochgehrter Herr!
Es ist Ihnen sehr angenehm zu sein, das Sie in Deutschland oder Osterreich liegendes Vermogen (Wertpapiere, Juwelen usw.) auf diskrete und vertrauensvolle Weise nach der Schweiz beschaffen zu lassen. Falls Sie sich hierfur interessieren, bitte um gefl. schriftliche oder mndliche Auskunft.
Hochachtungsvoll
H. Arnoldorfer.

Eine Nachschrift des Briefes gibt als Adresse an:
H. H. Bureau Portuna, Zurich, Murrstrafe 6.

Funktionierte die Grenzsperrung nur einstmals, so waren Schmuggelgeschfte in solchem Umfang unmoglich. Aber die Regierung braucht ihren „Grenzschutz“ nicht an der Grenze, sondern im Inneren des Landes und nicht gegen betrlgerische Kapitalisten, sondern gegen streikende Arbeiter. Die Kriegsgewinnler und Schleher, die die Fruchte ihrer Ausbeutung in Sicherheit bringen wollen, haben von dieser Regierung Scheinbar nichts zu frchten.

Es beginnt zu lgen.

Aus Osterreich wird uns geschrieben:
Die Arbeiterschaft sagt den Rechtssozialisten die Gefolgschaft auf! Die am Donnerstag, den 17. April, tagungsfindenden drei Reichstages-Versammlungen der Rechtssozialisten wiesen eine nachende Partei auf. Nur die im Reichstags Saale veranstaltete war verhaltnismasig gut besucht. Dort sollte Gen. Rau, Mitglied der preussischen Landesversammlung, sprechen. Da Rau am Mittwoch seinen Hebertritt zu den Unabhngigen erklrt hatte, wollte ihn der Rechtssozialist Weder, eine Herbe der Weimarer Nationalversammlung, am sprechen verhindern. Trotzdem gelang es Rau, sich dafur zu entschuldigen. Auf seine Aufforderung hin vertriehen so viele Mitglieder den Saal, das die Versammlung nicht weitergehen konnte.

Mit welchen Mitteln die Regierungen sozialistischen die Unabhngigen bekmpfen, geht daraus hervor, das sie selbst vor Denunziationen nicht zuruckbleiben. Die bgrgerliche Presse ist ihnen zu diesem Zweck bereitwillig ihre Waften. So kempfte man eine Sitzung der Vorparlamentarier der Rechtssozialisten, in der Konrad, zu einer „Gemeinschaft der Unabhngigen“, um unter dem Vorwand, das die Regierungen in demagogischer Absicht die Militrbedrden umzu zu machen.

Ausland zu einem Vergleich bereit.

Amsterdam, 23. April.
Der Korrespondent der Exchange Telegraph Co. meldet, das sich nach Berichten aus Moskau Tschitscherin im Namen der bolschewistischen Regierung bereit erklrt hat, den finanziellen Verpflichtungen der fruheren Regierung im Auslande nachzukommen, falls die Allierten die bolschewistische Regierung anerkennen.

Sturm auf dem franzsischen Sozialistenkongress.

Gen, 23. April.
In der Dienstagsitzung des sozialistischen Parteitagetages in Paris kam es zu heftigen Zusammenstoen zwischen Longuet und Renaudel. Longuet warf Renaudel vor, er habe mit seiner Zeitung das Blatt Zured, die „Humanit“, an den Abgrund gefuhrt. Renaudel gab zurck: Woher kommt denn Euer Geld fur den „Populaire“? Die Stimmung wurde so erregt, das man Taktisheiten beschreiben mchte. Ruhe setzte erst wieder ein, nachdem ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung uber die Geldgeber des „Populaire“ mit groBer Mehrheit angenommen war.

Nus der Partei.

Hebertritte zur U. S. V. D. In Krefeld sind die Rechtssozialisten zu den Unabhngigen ubergelreten. Es gibt dort nunmehr nur eine einzige sozialistische Partei. Auch der Parteiverein in Raingershagen (S. V. D.) hat seinen Hebertritt beschlossen. In Hermsdorf und Kyritz (Miesengebige) hat der Ortsverein mit 105 Mitgliedern gleichfalls seinen Hebertritt beschlossen, wie sich uberhaupt in der ganzen Provinz eine immer stirkere Bewegung von Rechts nach Links geltend macht. Das Revolutionsprogramm der U. S. V. D. findet liberall den stirksten Anklang. Sehr hart ist das Verlangen nach einer eigenen Presse. Es geht allenfalls vorwarts, ein Beweis, das die U. S. V. D. auf dem rechten Wege ist und immer mehr das Vertrauen der wirklich revolutionren Massen findet.

Gewerkschaftliches.

Paul Hensel, der Vorsitzende des Fleischerverbandes, ersucht um Aufnahme folgender Berichtigung: „Im Bericht in Nr. 108 der „Freiheit“ vom 21. d. M., Hauptaufgabe, uber die Gewerkschaftsbewegung der organisierten Fleischer wird in einer Resolution behauptet, ich htte auf der Vorstandskonferenz gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt. Diese Behauptung ist unahr. Wahr ist, das eine Abstimmung uber die tragliche Resolution Regge gar nicht stattgefunden hat. Ich konnte demzufolge weder fur noch gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmen. Der mit gemacht Co-wurf ist um so weniger zurecht, indem der wahre Sachverhalt nicht nur dem Verfasser der Resolution, sondern auch der Zeitung der Versammlung nicht unbekannt ist. — Wie mchtigen dazu nur erklren, das die Darstellung, die Hensel gibt, doch eine schone ist. In der betreffenden Vorstandskonferenz ist, wie Genosse Regge in Nr. 104 der „Freiheit“ ausgefuhrt hat, uber seinen Antrag betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes gegen eine (Regge) Stimme Uebergang zur Tagesordnung beschlossen worden. Fur uns und jeden anderen, der die Dinge nicht verdrehen will, ist das aber gleichbedeutend mit Ablehnung, wenn nicht noch schlimmer.

Arbeiterwahl. Bei der hrtlich haltgehaltenen Wahl eines Arbeiterrats fur 30 Kleinbetriebe der Berufsgruppe „Metall“ im Bahnhofsbezirk Sdost wurde an Stelle des bisherigen Arbeiterrats Max Haber (S. V. D.) einstimmig W. W. H. (U. S. V. D.) gewhlt. — Wegen 5 Stimmen wurde dann von der Wahlversammlung ein Antrag angenommen, wonach die verfallenen Arbeiter der 30 Kleinbetriebe erklren, entsprechend der Forderung der Freiwilhrer-Truppen es hinfur abzulehnen, mit ehemaligen Angehorigen dieser Verbnde zusammen zu arbeiten; sie beauftragen den gewhltten Arbeiterrat, darauf hinzuwirken, das dieser Forderung Geltung verschafft wird.

Heber mangelhafte Leistungen der Eisenbahn-Daupt- und Neben-Werksttten ist in der Presse schon viel geschrieben worden. Die Schuld wurde immer auf die Arbeiter abgeworfen. Es muss aber festgestellt werden, das schon im November vorigen Jahres Anregungen von den von der Arbeiterschaft gewhltten Arbeiterraten gegeben wurden; welche die Inangriffnahme von notwendigen Neubauten, sowie Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen forderten. Trotz Verhinderungen der Verwaltung ist bis jetzt sehr wenig oder nichts geschehen, angeblich wegen Geldmangel. Wie uns berichtet wird, trifft jedoch die Schuld in erster Linie den betreffenden Deputierten, Herrn Oberbaurat Hall. Es wird die Hoffe sein, das solche Herren, die sich der Zeit gegenuber als nicht anpassungsfhig erweisen, durch jngeres Blut ersetzt werden.

Achtung! Munitionsfabrik Spandau! Am Freitag, vor-mittags 10 Uhr, erhalten die Kollegen und Kolleginnen der Munitionsfabrik in folgenden sozialen Zusammen: fur Norden: Rhlstrafe 22, bei Penner, und Koppenhagenstr. 74, bei Glde; fur Osten: Miltstr. 21, bei Kersten; fur Neu-West: Thomastr. 81, bei Sauer; fur Sdost: Sdoststr. 57, bei Wiemer; fur West: Charlottenburg: Miltstr. 3; fur Spandau: Miltstr. 13. Einmalige Kolonnen, die fruher zur Information eingeleitet sind, erhalten Auskunft bei Penner, Miltstr. 22. Wohnabteilung findet am Sonnabend statt. Fur die Vertrauensleute: Edmund W. Haber, Spandau. Die Vertrauensversammlung der Arbeiterkreise Nord, Spandau, findet am Freitag, vor-mittags 10 Uhr, im Spandauer Bad, Westend, statt.

Rummelsttchen.

Erstauffuhrung im Kleinen Theater.

Nach den tihlen „Kriminalroman“ Rosenhahn versuchte das Kleine Theater sein Glck wieder mit einer dramatisierten Kriminalgeschichte Robert Oberweg: „Rummelsttchen“, eine kleine Begebenheit in drei Aufzugen, die nur den Nachteil haben, gerade auf dem Theater mehr launwillig als erhaltend zu wirken. Es soll eine Satire auf die hochschichtliche Polizei sein, die vom Kriminalhauptmann bis zum Polizeiprnsen bei den Bauernsngern bis über die Chren herabfallen. Die Wauer sind echt, aber die „Antipersonen“ sind doch sehr schmeichelhaft und dummer, als es die Polizei und ein literarisch erstarrtes Stck erlaubt, das mit „Gibelpf“ Erinnerungen und anderen dramatischen Vorlieben kettiert. Die vorstehliche Darstellung konnte diesem „Rummelsttchen“ nur einen halben Erfolg erspken, Herr Georg Alexander stand als merkwrdiges Kriminalkommissar allen voran, aber auch die Herren Givens als angeklagter Oberregierungsrat, Lindberg als genervter Polizeiprsident, Kaiser als Kriminalhauptmann und Reiff als als fahselnder Provinzbgrgermeister waren reichlich bei der Sache, die durch Max Hellmuths geistige Fhber mit der Musikmappe in der „Kriminalsttche“ des zweiten Aktes einen schmerzlichen Einschnitt von Hille schloft. Es ist der knifflige Waler und Richter der Rummelsttchen-Rummelsttchen — und mehr als das.
E. B.

Groß-Berlin.

Wasserleichen.

Die Spree fließt jetzt fast täglich Leichen an ihre Ufer. Die Toten gehören zu den Opfern der Märzunruhen. Es sind Männer, die von Regierungstruppen auf Grund eines bloßen Verdachts hin erschossen, halb totgeschlagen, erschossen und dann ins Wasser geworfen worden sind.

Wir haben während der Märzlämpfe über eine Anzahl solcher Fälle berichtet. Die meisten dieser dramatischen Tote wurden natürlich nicht beklagt, da die Regierungstruppen ihr trauriges Handwerk in aller Stille, und zwar meist in der Nacht, ausübten. Jedem ein Rechtsgut für die Erschießung lag nicht vor. Sonst wäre sie ja öffentlich vollzogen worden. Die bürgerliche Presse, die sich über jede nicht erwiesene Greuelgeschichte der „Spartakisten“ aufregte, ging über diese unmenschlichen Taten der Regierungstruppen mit stillschweigendem Hinweis. Sie weiß auch heute noch nichts zu sagen, obwohl sie täglich über die Aufspüfung solcher Leichen berichtet muß.

Die Toten, die jetzt ans Land gespült werden, erheben erneut Anklage gegen das Treiben, das sich in den Märztagen verdeckt Soldaten gegen den Menschen ließen. Charakteristisch ist die Tatsache, daß fast bei allen Toten die Stiefel fehlen. Es war eine Spezialität der Regierungstruppen, daß sie den Ermordeten neben den Wertsachen auch das Schuhzeug wegnahmen.

So werden die Toten auch in dieser Hinsicht zu klaffenden Kronzeugen, zu Anklägern gegen jene Kreise, die die Soldaten durch erfindene Greuelgeschichten in einen Blutrasch verketten, der sich dann in der unmenschlichsten Weise Luft schafft und Taten erzeuge, die jeden gerecht Fühlenden mit Grauen erfüllen müssen.

Manche Mütter erkennen nun in den Toten ihren Sohn, manche Frau ihren Mann wieder. Sie haben wochenlang verzweifelt nach ihnen gesucht und stehen jetzt vor der traurigen Tatsache, daß keine Aussicht auf die Wiederkehr ihrer Angehörigen besteht. Viele der Opfer werden überhaupt nicht gefunden werden. Sie treiben irgendwo im Wasser, den Fischen ein Fraß, oder liegen festgeklammert an irgendeiner Schleuse, zwischen Balken und Pfeilern...

Die Almosenpest.

Unter dieser bezeichnenden Überschrift bringt die „Post“ die Mitteilung, daß die im Monat März an Erwerbslose gezahlte Unterstützung nur um 2 Millionen Mark zurückgegangen sei. Sie knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Angesichts dieser gewaltigen Ziffer ist der kleine Rückgang um 2 Millionen im vorigen Monat nur ein geringer Trost. Das faule System als solches bleibt davon gänzlich unberührt. Wie sehr durch die falsche Humanität die Arbeitslosen geradezu in ihrem trüben Dahinvegetieren bestärkt werden, geht aus der kaum glaublichen Tatsache hervor, daß kürzlich die Erwerbslosen eine öffentliche Kundgebung zwecks Verbesserung ihrer Bezüge veranstalteten! Wann endlich wird die Regierung die Entschlußkraft zeigen, die unser ganzes Wirtschaftsleben gefährdende Almosenpest abzuheben? Nach der neuesten Statistik wurden Ende voriger Woche in Groß-Berlin noch 224 494 Erwerbslose gezahlt — gegen 220 515 in der vorletzten Woche. Man sieht, der Rückgang ist fast unmerklich, und die Gefahr besteht, daß der „irrisigiertere Stand der Erwerbslosen“ zur dauernden Einrichtung in Groß-Berlin wird!“

Diese Ausführungen entsprechen durchaus der Gesinnung jener Kreise, die mit ihrem organisierten Vermögen die „Post“ anleiten. Gerade durch die von der „Post“ und ihrem Anhang getriebene Politik sind wir in das Gewand des Krieges hineingeführt worden, der uns neben der wirtschaftlichen und kulturellen Verrüttung auch das Meer der Arbeitslosen gebracht hat. Während für die bevorzugten Kreise um die „Post“ der Krieg zu einer gewissen Ruh wurde, sind Millionen anderer Menschen ins Elend gestürzt worden. Zum Dank dafür werden sie jetzt beschimpft von denen, die durch rückwärtslose Ausnutzung der Kriegskonjunktur ein Schlaffenleben führen können.

Unüberlegte Renommisterei.

Vor den außerordentlichen Kriegsgerichten werden oft Anklagen wegen Aufruhr erhoben, die sich nur auf Keuschung der Angeklagten stützen. Aus reiner Lust zu renommieren haben diese Leute sich „guten Freunden“ gegenüber geäußert, sie wären auch an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen beteiligt gewesen. Durch Demagogien rührt dann davon die Polizei, die meist sofortige Verhaftung veranlaßt, welche als weitere Folge eine Klage wegen Aufruhr hat. Diese Fälle sollte sich jeder zur

Warnung dienen lassen, und in unserer demagogischen Luftigen Zeit nur Keuschungen tun, die er auch beantworten kann.

Seine eigene Renommisterei hat dem Arbeiter Bastian auch eine Anklage wegen Beteiligung an den Kämpfen auf dem Alexanderplatz eingebracht, die am Dienstag vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgericht I verhandelt wurde. In der Beweisaufnahme belundeten die Zeugen, daß der Angeklagte sich damit gerühmt habe, auch an den Kämpfen beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte gab die Keuschung zu, bestritt aber die Teilnahme am Kampf, die ihm auch nicht nachgewiesen werden konnte. Der Anklagevertreter hielt den Angeklagten für überführt, da er Mitglied der „Kommunistischen Partei“ sei, die als Hauptziel den Sturz der jetzigen Regierung über sich auf ihre Fahne geschrieben habe. Da dieses Ziel aber nur mit Anwendung von Gewalt zu erreichen ist, so wäre auch Bastian ein Anhänger von Gewalttaten und aus diesem Grunde ganz sicher am Alexanderplatz mit dabei gewesen. Die Strafe sollte nicht so hoch bemessen werden, damit sie auf den Angeklagten besser einwirken kann; er beantragte neun Monate Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Blau beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil ihm keine strafbare Tat nachgewiesen worden ist. Die Renommisterei könne man nicht bestrafen.

Das Urteil lautete auf Freisprechung und sofortige Haftentlassung.

Eine andere Anklage richtete sich gegen den Werkzeugmacher König, der an den Blücherberger Kämpfen teilgenommen haben soll. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er im Besitze eines Gewehrs und geladene hatte, er kämpfte gegen die Polizei. Diese Keuschung bestritt der Angeklagte, gab aber zu, ein gefundenes Gewehr besessen zu haben, das er aber bald abgeliefert hat. Ferner ist ihm mal für einige Stunden ein Gewehr von Aufständigen ausgedrängt worden.

Da auch in diesem Falle durch die Zeugenerklärung dem Angeklagten keine aufschreiende Tat nachgewiesen werden konnte, erkannte das Gericht auf Freisprechung und Haftentlassung.

Freie Hochschulgemeinde für Proletariat.

Arbeiterratel Betriebsräte! Funktionäre! Freitag, abends 7 Uhr, Kurse für die Großmaschinenbauarbeiter. — Sonnabend, abends 7 Uhr, Hygienekursus, Turmstr. 19, bei Prof. Benninghofen. — Voranmeldung bis 25. April Zimmer 22, in den Felten 23.

Jugend-Kurse, Freitag, abends 7 Uhr, Vorversammlung in der Aula des Luisenparkgymnasiums, Turmstr. 87. Zahlreiches Erscheinen der proletarischen Jugend, besonders der bereits angemeldeten Kursteilnehmer, erwünscht.

Der gesperrte Schloßpark.

Man schreibt uns: „Am 1. Ostertag wollte ich im Schloßpark von Friedrichshagen einen Spaziergang machen. Aber es war nicht möglich, denn ein vor dem Eingange stehender Posten wies alle Spaziergänger zurück. Hierdurch wurde große Erbitterung hervorgerufen, die sich noch steigerte, als der Posten erklärte, daß vom 1. Mai ab sämtliche Schloßparks usw. für das Publikum gesperrt sind. Nun weiß ich nicht, ob das nur für den 1. Mai oder für immer gelten soll. Das wäre ja furchtbar, denn nicht genug, daß man den Arbeitern das Reisen unmöglich macht, so gönnt man ihm selbst seine tägliche Erholung nicht mehr.“ Die Freigabe des Schloßparks ist unter allen Umständen zu verlangen.

Die Folgen einer Predigt.

Uns wird geschrieben: „Am Sonntag, den 13. April, erlaubte sich in Obersiedelstraße der katholische Pfarrer Kennod in der Fastenpredigt zu sagen, daß die Kinder der Eltern, welche die „Freiheit“ lesen, Teufelskinder und sehr schlechte Menschen seien. Die Folge davon war, daß sich die Kinder beim Spielen über die Beleidigungen etwas erzählten, und als ein kleiner Knabe sagte, seine Eltern hätten schon lange die „Freiheit“, fielen zwei alte Knaben über ihn her und verprügelten ihn mit einem biden Stück Holz ganz erbärmlich. Der Kleine hatte durch die Mißhandlung sehr zu leiden, wie auch das Älteste eines Arztes beweist.“

Es wäre angebracht, wenn sich die Kirche etwas mehr Zurückhaltung auferlegen würde, denn für Kinder ist doch wohl die Politik noch nicht geeignet, und dann sollte die Kirche sich überhaupt hüten, sich in die persönlichen Angelegenheiten anderer Leute zu mischen.

Eine neuer Leichensund, Dienstag nachmittag ist am Mühlendam neben der Sparlasse ein Soldat aus der Spree gelandet worden. Er hat mehrere Wunden im Wasser gelassen und war am Kopf verletzt. Die Fahrbekleidung fehlte.

Lebensmittellieferanten.

Pankow. Für Kranke und schwangere Frauen, die über den 30. April hinaus noch Anspruch auf Vollmilch haben, findet die Neu- ausgabe der Milchkarten vom 24. bis 30. April in der Milchabteilung, Neue Schönholzer Straße 36, 2 Treppen, in der Zeit von 8-2 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags statt und zwar für Personen mit dem Anfangsbuchstaben: A bis Z am Donnerstag, den 24., S bis

am Freitag, den 25., R bis T am Sonnabend, den 26., U bis W am Sonntag, den 27., X bis Z am Dienstag, den 28., U bis Z am Mittwoch, den 29. April. Beim Umtausch sind die alten Milchkarten mit Namen und Wohnung des Inhabers versehen sein müssen. Die Karten müssen persönlich in den entsprechenden Stellen abgegeben werden. Die neuen Milchkarten sind dem Inhaber bis spätestens Mittwoch, den 30. April, vorzuliegen. Die Karte ist anzulegen bei der Ausgabe von Milchkarten am Schloßplatz. Sonstige Umtausch zu vermeiden, wird dringend empfohlen, von den mittwochs festgelegten Zeiten ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Aus den Organisationen.

Blecker Kreis, Freitag, abends 7 Uhr, Kula, Östlicher Blecker-Verammlung der 12. Abteilung, Vortrag über das Räteproblem. — Spandau. Am Freitag beginnt der Verkauf der städtischen Karte auf Butterabschnitt 3 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Absatz werden 40 Gramm zum Preise von 50 Pf. veranschlagt. Mit dem 30. April verliert Abschnitt 3 seine Gültigkeit. Am Sonntag beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Butterabschnitt 3 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Absatz werden 70 Gramm veranschlagt. Mit Ablauf des 1. Mai verliert Abschnitt 3 seine Gültigkeit.

Friedrichshagen, Freitag, abends 7 Uhr, im Lokal von Ewald (Schöder) Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitglieder ausweis kein Zutritt.

Freie Jugend, Freitag, abends 7 Uhr, im Lokal von Otto Mann, Semmlerstraße 12, Gründungsversammlung einer Gruppe der „Freien Jugend“.

Freie Jugend Gruppe Eden-Edenweg, Kaltung, Vorkonferenz, Donnerstag, abends 7 Uhr, Generalversammlung, Friedrichshagen, Gymn. am Kochstr. 13, I.

Freie Jugend Petersburger Viertel, Freitag, abends 7 Uhr, Jugendheim, Petersburger Str. 39, I., Vortrag: „Jah. G. G.“

Freie sozialistische Jugend, Rosenfelder Vorstadt, am Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Gemeindefschule, Gipsstr. 5, Vortrag über Kulturfragen.

Spiel und Sport.

Märkische Spielvereinigung, Des. Groß-Berlin, am Sonntag, den 30. April, 1/2 Uhr, findet ein zweites Probispiel zur Gründung der Spielmannschaft gegen Rotbus-Jork statt. Eine aus Spielern der A- und B-Gruppe zusammengesetzte Mannschaft einer gleichen Mannschaft der C- und E-Gruppe gegenüber. Das Spiel findet in Pankow, Nischelowerder Straße statt. Im Anschluß an die Sitzung des Hauptspielwartes bei Schmidt, Pankow, Nischelowerder Straße, den 27. April, finden folgende Spiele statt: Gruppe A: Mariendorf-Ludowig in Mariendorf, am Bahnhof; Gruppe B: Märts-Schöneberg in Reinickendorf, Kolonnenstraße; Gruppe C: Charlottenburg in Reinickendorf, Kolonnenstraße; Gruppe D: Bismarck in Zehlendorf, am Gefängnis; Gruppe E: Union in Pankow, Nischelowerder Straße; Gruppe F: Nischel in Pankow, Nischelowerder Straße; Gruppe G: Nischel in Reinickendorf, Kolonnenstraße. Spielbeginn 4 Uhr.

Arbeiter-Sportklub Neukölln-Bez., Kaltung, Berlin, Arbeiter-Klubverbandes, Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Gumbiner, Kaiser-Friedrich-Str. 88: Große Popagandaverammlung zwecks Verfestigung aller bestehenden Vereine. Zahlreicher Besuch aller Mitglieder der Vereine wird erwartet. Der Kartellverband

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Melepp, Redaktions-Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. S. m. b. H., Berlin, — Druck-Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Am Donnerstag, den 1. Mai 1919 erscheint erstmalig in unserem Verlage:

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Preis der Einzelnummer 20 Pfg. Abonnement viertelj. 2,50 M.

Das erste Heft erscheint als **Maifest-Nummer**

Bestellungen durch den Buchhandel, die Organisationen oder direkt an die

Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. S. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Arbeiter
Josef Kreißl,
Turmstr. 5, am 17. d. Mts.,
die Arbeiterin
Martha Schüler
am 10. d. Mts. an Lungenerkrankung,
der Rohrleger
Richard Scheibner,
Fidicinstr. 9, am 10. d. Mts.,
die Arbeiterin
Marie Lengefeld,
Schöneberg, Sedan Str. 42, am 14. d. Mts. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Rote Kreuz-Lotterie
Gesamt- und Höchstgewinn:
100 000 M.
50 000 M.
10 000 M. usw.
Alle Gewinne 20- Lose 3 M. Porto und Liste 50 Pf. mehr
bei bar. 20- 10 gemacht; Lose m. Porto 1. Liste 30 M.
Emil Haase & Co. BERLIN 21,
Hansers Berliner Läden: Königsstr. 55 u. 57, Wallstr. 7,
Rosenthaler Str. 71, Müllerstr. 3b.
— Zigaretten, Zigaretten, Tabak. Wir kaufen auch!

Deutscher Bauarbeiter - Verband
Zweigverein Berlin, Engel-Ufer 15, Zimmer 53.
Achtung!
Sämtliche
Maurer und Bauhilfsarbeiter,
die sich im Streit befinden,
werden aufgefordert sich am
Freitag, den 25. April, vormittags 10 Uhr
in den „Konfordia-Festsaal“, Andreasstraße 21, einzufinden.
Stellungnahme zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.
Erscheinen aller ist Pflicht.
Die Streikleitung
Gopp. Engel

Singe mit
Sammlung revolutionärer
Kampflieder
für Massengesang
Preis 30 Pfg. — Porto 8 Pfg.
Theaterstücke, Prologe,
Lieder, Postkarten, Ansteck-
nadeln zur
Mai-Feier
Rich. Lipsitz, Leipzig
Königsstr. 12. Preis 2000.

Möbel-Beiser
Lothringer Strasse 67
liefert auf bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Bürgerliche Wohn- u. -Einrichtungen
zu massigen Preisen.
Komplette aufgestellte
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in grosser Auswahl.
Einzelne Möbel und farbige Küchen
Besichtigung wirklich lohnend!

Im zweiten Quartal erscheint
»DIE ERDE«
Polnische u. kulturpolnische Halbmonatsschrift
Herausgeber: Waltherrilla
Das Kampforgan
des revolutionären Geistes!
Gegen Nationalismus, Militarismus,
Kapitalismus — Für den Menschen!
Mitarbeiter: Joh. R. Bucher, Albert
Drewnicki, Otto Freundlich, Georg
Fuchs, Henri Guillebaux, Raoul Lusa-
mann, Max Hermann, Oskar Kanel,
Hermann Kesser, Andreas Lohse,
Ludwig Meißner u. v. a.
Heselt 1 Mk. Quartalabonnem. 5 Mk. Man abon-
niert durch die Post, den Buchhandel oder direkt beim
Verlag »DIE ERDE« Breslau 1
Schweidnitzerstraße Nr. 43 b.

Steglich.
Som 1. Mai d. J. wird unsere Expedition von
Rauk zu
Hermann Bernfee, Mommsenstr. 59
verlegt. Wir bitten alle unsere Abonnenten in Steglich,
ihre Adressen sofort dem neuen Expeditoren Hermann
Bernfee, Mommsenstr. 59, der Konsumverbraucher,
Mittwochstr. 115 oder dem Funktionären der U. S. V. D.
in Steglich bekanntzugeben, um eine Glodung, die
durch einen Expeditionswechsel möglich ist, zu ver-
meiden. Wir machen unsere Abonnenten darauf auf-
merksam, daß vom 1. Mai an die Zeitung 2 mal täg-
lich ins Haus pünktlich gebracht werden wird.
Verlag „Freiheit“, e. S. m. b. H.

Spiralbohrer
alle Größen, Schraub-
schneidwerkzeuge, auch
auch andere aus
kaut-Edelstahl, in
Köpenicker Str. 10
Mahnung!
Vertikale, Wachs-
kaut Bänder, Leinwand
nach 4 Uhr
Schlitzzimmer,
Küche, moderner
apparat verkauft
Wich, Neukölln, Axen-
strasse 10.
Parzelle, 141 1/2
geteilt, verkauft
Kölln, 118 Str. 31
Zigaretten
raiser Neukölln,
Herrenstr. 11
kostenlos. Los
Kinderkloppel,
Rigaer Strasse 12
Schellack
sowie 1/2 M. auch
kaut E. 1/2
Wickelstr. 28, v. 1.
Darüber in jeder
Mk. 100 aufwärts
Ledigen, auch Damen
reichte Danken
quems
Barcaas Borsigstr.
Sonntag vormittags
Kupferklempner
Kabel, Litze, auch
die höchsten Preise
Pressestr. 13
Telefon Köpenicker
Bohlen
sucht ped-
Strandberger Strasse
nserran
für den
4 Uhr, Sonntag
Expeditoren
dann 19